

Nachhaltig nur auf dem Papier?

Am 29.10.2019 fand in Dresden ein Arbeitstreffen zur Verantwortung der Zivilgesellschaft für die Erfüllung der „Agenda 2030“ statt.

Der Einladung der Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen e.V. waren Vertreter von attac Dresden, *aufstehen* DD und Umland, DiEM 25 und „Zukunftsfähigkeit“ gefolgt.

Nach einer umfassenden Information der Teilnehmer zum Inhalt und Charakter der „Agenda 2030“ und deren 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) wurde versucht, den erreichten Stand der Umsetzung nach einem Drittel der Laufzeit zu charakterisieren.

Obleich das Bundesministerium für Zusammenarbeit positive Entwicklungen in vier Hauptrichtungen nennt

- Technologie- und Ausbildungstransfer vorrangig für alternative Energien,
- Umfangreiche Bereitstellung von Mitteln für Integration ausländischer Bürger,
- 1 Milliarde € für Gesundheit und Impfungen haben schlimme Krankheiten reduziert,
- Durchsetzung des „grünen Knopfes“ in der Lieferketten-Problematik,

schlossen sich Teilnehmer am Gespräch mehrheitlich der Position an, die der Geschäftsführer von Global Policy Forum Europa (Bonn), Jens Martens, als kollektives Politikversagen bezeichnete. Diese Einschätzung deckt sich mit den Forderungen des UN-Generalsekretärs nach viel tieferen, schnelleren und ehrgeizigeren Reaktionen, um den sozialen und wirtschaftlichen Wandel in Gang zu setzen, der zur Erreichung der SDG`s erforderlich sei.

Diese Wertung trifft ebenso auf die „Nachhaltigkeitsstrategie für den Freistaat Sachsen 2018“ zu, die mit 93 Seiten Absichtserklärungen dem Anliegen zu nähern scheint.

Am Beispiel der Kobald-Bereitstellung für Lithium-Ionen-Akkumulatoren aus dem Kongo wurden die Akteure und Profiteure entlang der Lieferkette benannt und die dabei auftretenden neuen Menschenrechtsmissachtungen infolge kolonialer Praktiken aufgezeigt. Fünf Kriterien menschenwürdiger Gestaltung jedes Gliedes der Lieferkette sind umzusetzen:

- Keine Zwangs- und Pflichtarbeit, keine Kinderarbeit und faire Löhne,
- Menschenrechtliche Sorfaltspflichten (Würde, Respekt, Antidiskriminierung, sozialer Dialog),
- Aufbau lokaler Wertschöpfungsketten unter Einhaltung zeitgemäßer Klima- und Umweltstandards,
- Unterstützung wirtschaftlicher Diversifizierung mit Integration des Kleinbergbaus,
- Schaffung von funktionierenden Beschwerdemechanismen und Zugängen zu gerichtlichen und außergerichtlichen Instanzen bei Menschenrechtsverletzungen.

Als wichtige Arbeitsschwerpunkte für die Zivilgesellschaft wurden herausgestellt:

1. Einsetzen für ein Lieferkettengesetz in der BRD, das gerecht und menschenwürdig ist (Unterstützung der Petition INKOTA)
2. Beistand für Entwicklungshilfeminister und EU-Beauftragte „Marshallplan für Afrika“ (Strategiepapier der EU 2020)
3. Schattenberichte im Jahr 2020 eines Netzwerkes von Organisationen der Zivilgesellschaft (gemeinsame Erklärung) zu den Empfehlungen des Wirtschafts- und Sozialrates 2018 der UN und ebensolcher Bericht zur Nachhaltigkeitsstrategie Sachsens
4. Negative Auswirkungen der Militarisierung Sachsens für Nachhaltigkeit begrenzen
5. Transparenz bei 5G-Entwicklungen durchsetzen

Dresden, 01.11.2019

Eberhard König (GMS)

i.A. der anwesenden zivilgesellschaftlichen Organisationen